

**VERORDNUNG**  
**über die Berufs- und Weiterbildung (BWV)**  
(Änderung vom ...)

Der Landrat des Kantons Uri beschliesst:

**I.**

Die Verordnung vom 20. Dezember 2006<sup>1</sup> über die Berufs- und Weiterbildung wird wie folgt geändert:

**Artikel 1** Zweck und Zulassung

<sup>1</sup> Möglichst viele Schülerinnen und Schüler, die den Weg über die Berufsbildung einschlagen wollen, sollen direkt nach der obligatorischen Schulzeit eine Lehrstelle finden, die ihren Fähigkeiten und ihren persönlichen Interessen soweit als möglich entspricht.

<sup>2</sup> Zur beruflichen Grundbildung wird zugelassen, wer die allgemeine Schulpflicht erfüllt hat und mindestens 15 Jahre alt ist. Über Ausnahmen entscheidet das zuständige Amt<sup>2</sup>.

**Artikel 5a** Ungleichgewicht auf dem Markt (neu)

Zeichnet sich ein Ungleichgewicht auf dem Markt für berufliche Grundbildung ab oder ist ein solches Ungleichgewicht eingetreten, trifft der Kanton im Rahmen der verfügbaren Mittel befristete Massnahmen zur Bekämpfung. Dazu gehören insbesondere Massnahmen zur Lehrstellenförderung und zur Information.

**Artikel 6a** Weitere Massnahmen (neu)

Der Kanton kann weitere Massnahmen treffen, um den Einstieg in die berufliche Grundbildung zu unterstützen.

**Artikel 8 Absatz 3 (neu)**

<sup>3</sup> Der Kanton kann weitere Massnahmen treffen, um Lernende mit besonderen Bedürfnissen zu unterstützen.

**Artikel 10** Bildungsmöglichkeiten für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner

<sup>1</sup> Der Kanton unterstützt Lehrbetriebe und Lehrbetriebsverbände, indem er für ein ausgewogenes Angebot an Bildungsmöglichkeiten für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner sorgt.

---

<sup>1</sup> RB 70.1103

<sup>2</sup> Amt für Arbeit und Migration; siehe Organisationsreglement (RB 2.3322)

<sup>2</sup> Zur Sicherung genügender Bildungsmöglichkeiten für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner organisiert das zuständige Amt<sup>3</sup> Kurse oder schliesst entsprechende Leistungsvereinbarungen ab.

<sup>3</sup> Die Berufsbildnerinnen und Berufsbildner haben die Kurse gemäss Vorgaben der Bundesgesetzgebung zu besuchen. Das zuständige Amt<sup>4</sup> kann in begründeten Fällen eine Befreiung vom Kursbesuch bewilligen.

#### **Artikel 21** Unterstützung der Bildung von Trägerschaften

<sup>1</sup> Der Kanton sorgt unter Mitwirkung der Organisationen der Arbeitswelt für ein ausreichendes Angebot an überbetrieblichen Kursen und vergleichbaren dritten Lernorten.

<sup>2</sup> Der Kanton kann zur Bildung von neuen Trägerschaften für überbetriebliche Kurse und vergleichbare dritte Lernorte Beiträge gewähren.

#### **Artikel 27 Absatz 1**

<sup>1</sup> Die Gemeinden stellen für Weiterbildungsangebote gemäss Artikel 16 des Gesetzes über Schule und Bildung nach Möglichkeit öffentliche Räumlichkeiten zu günstigen Bedingungen zur Verfügung.

#### **Artikel 34** Organisation

Die Organisation der Berufs- und Weiterbildung richtet sich nach dem Gesetz über Schule und Bildung, nach dieser Verordnung und nach den Organisationsvorschriften, die der Regierungsrat erlässt.

#### **Artikel 35** Zuständigkeit

Soweit weder das Gesetz über Schule und Bildung noch diese Verordnung oder darauf gestützte Reglemente des Regierungsrats etwas anderes bestimmen, ist es Sache des zuständigen Amtes, Verfügungen nach dem Gesetz über Schule und Bildung sowie nach dieser Verordnung und der darauf gestützten Reglemente zu treffen.

## **II.**

Diese Änderung untersteht dem fakultativen Referendum. Sie tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

Im Namen des Landrats

Die Präsidentin: Cornelia Gamma

Die Ratssekretärin: Kristin Arnold Thalmann

---

<sup>3</sup> Amt für Berufsbildung; siehe Organisationsreglement (RB 2.3322)

<sup>4</sup> Amt für Berufsbildung; siehe Organisationsreglement (RB 2.3322)